

Die Schweiz und wir

Von Mariam Lau 1. Dezember 2009, 04:00 Uhr

Wenn es in Deutschland eine Abstimmung gäbe, ob weiter Minarette gebaut werden dürfen oder nicht, würde sie womöglich so ausfallen wie in der Schweiz. Und trotzdem ist die Stimmung in unserem Land eine andere

Wie Pilze aus dem Boden schießen schwarze Raketen - Minarette - aus der Schweizer Flagge, die bereits am Boden liegt. Eine verschleierte Frau im Vordergrund schaut den Betrachter aus dem kleinen Sehschlitz ihres Gesichtsschleiers an. "Stop!" steht auf dem Plakat, mit dem im Nachbarland Schweiz erfolgreich gegen den Bau neuer Minarette getrommelt wurde. Wer das Plakat sah, das übrigens von einem Deutschen entworfen wurde, dem war klar: Es geht nicht um Minarette. Es geht ums Ganze, um Leben und Tod eigentlich. Und leben kann man mit dem Islam nicht. Der Islam ist eine Bedrohung, derer man sich rechtzeitig erwehren muss. 57 Prozent der Schweizer haben das so gesehen. Wäre es in Deutschland ähnlich?

Erste Reaktionen waren verwirrend. Der CDU-Innenpolitiker Wolfgang Bosbach war einer der Ersten, die sich gemeldet hatten. "Man muss das ernst nehmen", hatte er gesagt. Was genau war damit gemeint? Man muss hier auch so eine Abstimmung durchführen? Man muss sich mehr gegen den Islam wehren? Minarette verbieten? "Was ich meinte, war: Es müssen beide Seiten zu Wort kommen: einerseits die Religionsfreiheit, andererseits die Tatsache, dass sich religiöse Äußerungen hier bei uns in den Kontext des christlich-abendländischen Kulturkreises einfügen müssen." Bosbach hat ein praktisches Beispiel bereit, wie so etwas gehen kann. Da, wo er her kommt, in Bergisch Gladbach, 100 Meter vom Haus seiner Eltern entfernt, da wollten sie vor einiger Zeit eine Moschee bauen. Die Eltern waren dagegen, die Nachbarn waren dagegen, man hat verhandelt, Baupläne moderiert, und eines Tages stand die Moschee da. "Sie hatte ein 'Minarettchen'", sagt Bosbach. "Wie ein Bleistift ragte es hinter dem Kuppelbau hervor. Hat keinen gestört." Sein Vater ist sogar schon einmal drin gewesen. Es gab einen Tag der offenen Tür. Man hat alles erklärt bekommen. "In dem Moment hatte sich die Debatte erledigt." In Köln sei es auch so gewesen.

Tatsächlich wurde in Köln-Ehrenfeld heftig um den Moscheeumbau gerungen. Dort errichtet die Türkisch-Islamische Union (Ditib) einen Kuppelbau von 36,5 Meter Höhe mit zwei Minaretten, die jeweils 55 Meter hoch sein werden. Die Rechtspopulisten der Initiative Pro Köln hatten jahrelang Stimmung gegen die angebliche "Großmoschee" gemacht. Die CDU-Fraktion im Stadtrat verlangte während der Planungsphase eine Verkleinerung.

Eine repräsentative Umfrage ergab damals, dass rund ein Drittel der Kölner den Moscheebau ablehnte.

Ein weiteres Drittel befürwortete ihn unter der Bedingung, dass das Gebäude und die Minarette verkleinert würden. Die Partei Pro Köln, die vom Verfassungsschutz beobachtet wird, holte bei der Kommunalwahl Ende August 5,4 Prozent, sitzt mit fünf Abgeordneten im Stadtrat. Mittlerweile haben sich die Wogen in Köln allerdings geglättet. Vor einem Jahr genehmigte der Stadtrat die neue Moschee (gegen die Stimmen von Pro Köln und der meisten CDU-Abgeordneten), vor drei Wochen war Grundsteinlegung im Beisein der Kölner Politprominenz. Der Bezirksbürgermeister von Ehrenfeld, Josef Wirges (SPD), bedauert die Schweizer Minarett-Entscheidung. "Das ist Wasser auf die Mühlen der reaktionären Kräfte in Köln und ganz Deutschland", sagte Wirges der WELT. In Köln selbst sei der Moscheebau aber nicht gefährdet: "Bei uns gilt die normative Kraft des Faktischen." Er sei sich sicher: Wenn in Ehrenfeld eine Volksabstimmung stattgefunden hätte, hätten sich die Bewohner für die Minarette ausgesprochen.

Heinz Buschkowsky reicht das nicht. Er ist Bürgermeister von Berlin-Neukölln. Er wettet darauf, dass eine vergleichbare Abstimmung hier genau dasselbe Ergebnis hätte wie in der Schweiz. Eine Mehrheit der Deutschen warte nur darauf, hier ein Statement abzugeben. Wie bei vielen, die sich derzeit äußern, geht es bei der Debatte um den Islam in Europa auch immer um das Verhältnis zwischen politischen Eliten und dem "Volk", wer auch immer das ist. In der Schweiz lautet die Gleichung "Elite - Arroganz - Europa - Toleranz" versus "Volk - Schweizerisch - Antiislamisch". Deshalb hatte ja Bundesbank-Vorstandsmitglied Thilo Sarrazin so viel Beifall für seine Äußerung bekommen, die Muslime versuchten, hier mittels Geburtenüberschuss zum Sieg über die indigene Bevölkerung zu kommen. "Endlich sagt es mal einer", war der Affekt in Hunderten von Zuschriften; so als sei nicht seit Jahren eine offene Debatte über Ehrenmorde, Zwangsehen, genitale Verstümmelung im Gange. Was genau Minarette mit Zwangsehen zu tun haben, weiß der CSU-Europaabgeordnete Manfred Weber auch nicht zu sagen. "Natürlich ist das nur ein Symbolthema", meint Weber. "Es geht um die europäische Identität. Und hier muss der Islam sich erklären: Wie steht er zur Gleichberechtigung der Frau?" - Thema Nummer eins bei der CSU. Weber ist sich sicher: "Die Menschen, unsere Menschen, fragten sich: Wo wollen die mit unserem Kontinent hin? Und da reicht es nicht, wenn man in der Islamkonferenz über Toleranz redet."

In Deutschland dürften die Linien nicht ganz so säuberlich verlaufen wie in der Schweiz. Vor die Wahl gestellt, sich hinter einem Plakat, wie oben geschildert, zu versammeln, oder Minarette im Stadtbild hinzunehmen, ist keineswegs sicher, wie die Deutschen sich mehrheitlich entscheiden würden. "Es war kein Zufall", erinnert sich beispielsweise der Islamwissenschaftler Matthias Rohe von der Universität Erlangen, "dass der Bau der ersten repräsentativen Synagogen in Deutschland zusammenfiel mit dem Erkämpfen bürgerlicher Freiheitsrechte. Gegen die wur-de damals auch argumentiert, mit ihrer maurischen Architektur stellten sie einen Fremdkörper im Stadtbild dar." Rohe bestreitet gar nicht, dass Minarette eine Art Herrschaftsanspruch verkörpern. "Früher, beim Wettbewerb zwischen der Höhe des katholischen und des evangelischen Kirchturms ging es ja auch genau darum." Aber aus Angst vor Überfremdung an die Grundfesten der Religionsfreiheit zu gehen - das hält der Islamwissenschaftler für desaströs. "Zum ersten Mal ist es einer populistischen Gruppe gelungen, da eine Stimmung für ihre Zwecke auszunutzen." Es gehe um verständliche Überfremdungsgefühle, um Angst und Wut, glaubt der Islamwissenschaftler, wie es in Deutschland auch bei der Zuwanderung von zehn Millionen Vertriebenen gewesen sei, die ja auch jahrelang vehement abgelehnt worden seien. Da habe die Politik nun eine große Verantwortung: Islamismus von Islam zu trennen.

"So etwas wie in der Schweiz ist die Folge von misslungener Integration", glaubt auch Heinz Buschkowsky. Was er beschreibt, hat dann aber nicht viel mit religiöser Differenz zu tun. "Ich habe 200 Intensivtäter hier in Neukölln, davon sind etwa 100 immer im Knast. Bleiben 100, die herumlaufen und Schutzgelder erpressen, Schüler abzocken, in Bahnen und Bussen Leute terrorisieren, Frauen an der Ampel anmachen. Das schürt Hass. Wir müssen mehr darauf bestehen, dass Regeln eingehalten werden."

Die Bundesregierung hält sich zu Recht viel darauf zugute, in der Islamkonferenz und anderen Integrationsprozessen der Wut und Überfremdungsangst Ventile zu verschaffen, Zwangsehen zum Thema

gemacht und trotzdem Position für Toleranz bezogen zu haben. "Die Entscheidung der Schweizer ist weder vom Ergebnis noch vom Verfahren auf Deutschland übertragbar", meint zum Beispiel die Integrationsbeauftragte Maria Böhmer (CDU). "Seit der vergangenen Legislaturperiode praktizieren wir in Deutschland eine intensive Dialogkultur mit den Migranten und den Muslimen. Wir reden nicht über, sondern miteinander. Das hat sich bewährt." Interessanterweise ist die FDP keineswegs, wie man das früher von ihr hätte erwarten können, mit Pauken und Trompeten aufseiten der Religionsfreiheit. So erklärt der FDP-Innenexperte Hartfrid Wolff: "Der Anspruch auf öffentliche Religionsausübung in würdigen Moscheen ist berechtigt - erfordert aber keine Bauten, die als ‚Machtanspruch‘ oder politische Demonstration empfunden werden können." Es käme eben auf die "Akzeptanz bei der Bevölkerung und den Respekt vor ihrer kulturellen Tradition" an. Bedenken der Bevölkerung dürften nicht einfach als "islamfeindlich" abgetan werden. Ansprüche an Offenheit, Deutschsprachigkeit dürften nicht als spießig oder fremdenfeindlich verteufelt werden. Das käme letztlich dann auch wieder dem Islam zugute.

Womöglich ist die Stimmung in Deutschland anders als in der Schweiz, weil hier die Eliten so denken; weil man die Diskussion eben gerade nicht erstickt hat. Angebliche Außenseiter der Political Correctness sitzen in jeder Talkshow, ihre Bücher laufen prächtig. Extremisten haben so kaum Chancen. Kaum heißt aber nicht keine.

Mitarbeit: Lucas Wiegmann
